

HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands e.V. (VHD); Verband der Geschichtslehrer Deutschlands e.V. (VGD)

Datum, Ort: 23.09.2014–26.09.2014, Göttingen
Bericht von: Christina Morina, Universität Jena

Herrschaft braucht Vermittlung, Fremdherrschaft braucht lokale Kooperation. Diese auf die nationalsozialistische Besetzung großer Teile Europas bezogene These bildete den gemeinsamen Ausgangspunkt der in dieser Sektion versammelten Beiträge. In ihrem einführenden Vortrag erläuterte TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal/Essen), dass das Panel neueren Forschungen zur nationalsozialistischen Besetzungsgeschichte als europäischer Herausforderung gewidmet sei. Ausgehend von der Beobachtung, dass sich bisherige Okkupationsforschungen primär eher dichotom mit Besatzern und Besetzten bzw. kategorial mit Tätern, Kollaborateuren und Opfern befassen, sei es an der Zeit die Besatzungsregime als komplexe soziale und „relationale“ Herrschaftspraxen zu verstehen, die unter erheblicher Beteiligung lokaler Bevölkerungen und staatlicher Strukturen bzw. Institutionen entstanden sind. Diese Geschichte erschöpfe sich nicht in der Rekonstruktion nationalsozialistischer Expansionspolitik und -praxis. Die Rollenverteilung jenseits und unterhalb der Ebene der deutschen militärischen und zivilen Besatzer sei extrem vielfältig und kompliziert gewesen, weswegen vor allem lokale Forschungen geeignet seien, nach der ganzen Bandbreite von Akteuren neben Tätern und Opfern, einerseits, sowie zwischen Besetzten und Besatzern, andererseits, zu fragen: Es gehe um die „bystander“ als *occupier-driven* Akteure, die als „Mittlerinstanzen“ in einem extremen Gewaltkontext unverzichtbar waren, um genau diese Gewalt im Sinne der Besatzer „effektiv“ umsetzen („vermitteln“) zu können. Gleichfalls erlaube es dieser Zugang, jene „Handlungsräume für eigene Interessen“ zu rekonstruieren, die sich lokalen Dritten im

Laufe der Besatzungszeit eröffneten und die auch auf vielfältige Weise genutzt, erweitert und eigensinnig gebraucht worden sind.

Vergegenwärtige man sich, so Tönsmeyer weiter, dass die deutschen Besatzer weder über ausreichend militärisches noch ziviles Personal verfügten, um die Besatzungsstrukturen dauerhaft aufrechterhalten zu können, wird deutlich, wie bedeutend der in diesem Sinne vermittelte und vermittelnde Einsatz lokaler Bevölkerungsteile und Institutionen war. Sie verwies kontrastreich auf die zwei Beispiele Ukraine und Niederlande. Resümierend zog Tönsmeyer den analytischen Nutzen sowohl einer national fokussierten Besatzungsgeschichtsschreibung also auch des Kollaborationsbegriffes in Zweifel. Da der Begriff „Kollaborateur“ moralisch und juristisch aufgeladen sei und oft im Sinne von „Verrat“ verstanden und gebraucht werde, sei der Mittler-Begriff eine nützliche Alternative. Statt nach Schuld zu fragen, helfe er, die Rolle einheimischer Bevölkerungen und Institutionen zu erklären und sei daher gerade für den europäisch-transnationalen Vergleich außerordentlich hilfreich. So könne man schon jetzt mit Hilfe des Mittler-Begriffs konkludieren, dass es den deutschen Besatzern stets um die Entmündigung und zugleich Indienstnahme lokaler Akteure ging und dass sie damit soziale Prozesse in Gang setzten, deren Dynamiken äußerst vielfältige und ambivalente lokale Erfahrungen zwischen Leid und Schuld einschlossen. Diese Ambivalenzen zu erfassen, die Besetzung also als Erfahrungsgeschichte zu verstehen und zu erzählen, stelle nach wie vor eine große historiografische Herausforderung dar. Mit dem Mittlerbegriff und den durch ihn sich eröffnenden Fragen an bekannte wie bisher negierte Quellen könne man dieser Herausforderung auf sinnvolle Weise begegnen.

Gleich der erste Vortrag machte deutlich, wie wenig die deutschen Besatzer durchsetzen konnten, wenn sie zu wenige oder zu kooperationsunwillige „Mittler“ unter der einheimischen Bevölkerung fanden. KARL CHRISTIAN LAMMERS (Kopenhagen) brachte zumindest die erste „friedliche“ Phase der deutschen Besetzung Dänemarks zwischen 1940 und 1943 auf diesen Nenner. Zugleich führte die indirekte, ver-

handlungsabhängige „Aufsichtsverwaltung“ (Werner Best) dazu, dass unter dem Schein der dänischen Unabhängigkeit und eines quid-pro-quo-Verhältnisses zwischen Besatzern und Besetzten, die Deutschen anfangs keine direkte Besatzungsherrschaft etablieren und praktizieren konnten: Es gab nur eine lockere Zensur, keine Todesstrafe und mit Ausnahme der antikommunistischen Verfolgungen 1940 keine nationalsozialistisch initiierten Rechtsbrüche.

Nach dem Fall der dänischen Regierung und dem Ende der dänischen Jurisdiktion und Polizeigewalt, so Lammers im zweiten Teil seines Vortrages, wandelte sich das Bild des Besatzungsalltags hin zur offenen Gewaltpolitik der Deutschen, die „ihre“ Verfolgungsmaßnahmen selbst ausführen mussten – freilich unterstützt von einigen dänischen Organisationen und Gruppen, wie der DNSAP, paramilitärischen und Hilfspolizei-Korps sowie Freiwilligendiensten. Doch diesen klassischen Kollaborationsleistungen stand die entschiedene Weigerung einer Mehrheit der dänischen Bürger und Institutionen gegenüber, sich „vermittelnd“ an der Verfolgung und Ermordung der dänischen Juden zu beteiligen. Die Frage, inwiefern nun das Konzept der Mittlerinstanz diesen Sonderfall in der europäischen Holocaustgeschichte zu erklären hilft, ließ Lammers jedoch unbeantwortet.

In ihrem Beitrag über die ukrainische Besatzungsgeschichte zog TANJA PENTER (Heidelberg) zunächst einen großen Bogen durch die relativ spärliche Forschungslandschaft zur Frage der Mitwirkung der ukrainischen Bevölkerung an der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Sie schloss sich Tönsmeyers Kritik am Kollaborationsbegriff an und gab zu bedenken, dass gerade im Falle der Ukraine ein recht markantes Klischee massenhafter Kollaboration einer äußerst dünnen Forschungsgrundlage gegenübersteht. Aus ihren eigenen Forschungen zum Donbass schlussfolgert Penter, dass die Besatzer die lokalen Verwaltungsstrukturen in der Regel fast vollkommen intakt ließen und diese vor allem über Erfassungsaufgaben an der Verfolgung der Juden beteiligten. Jenseits dieser Aufgaben sei die Beteiligung an systematischen Vernichtungsaktionen noch wenig untersucht. Diese

sei sicher „erheblich“ gewesen und bestand häufiger aus „Vorarbeiten“ im Zuge der Registrierung, Ghettoisierung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung als aus direkter Mordbeteiligung. Gleichzeitig seien geringe „Handlungsspielräume“ zum Wohle der lokalen nichtjüdischen Bevölkerung ausgetestet und genutzt worden, vereinzelt ist auch die Rettung von Juden überliefert. Darüber hinaus habe es eine ganz Reihe von kollaborativen Verhaltensweisen gegeben, Denunziationen, Beschwerdesachen und zivile Streitfälle ebenso wie Korruption und Bereicherung, gegen die die deutschen Besatzer nur dann vorgehen, wenn ihnen dadurch Schaden drohte. So verwandelten sich nicht selten diverse Besatzungs-„Gewinnler“ in Verlierer der Besatzung.

Es bleibe also schwierig, so Penters Fazit, die komplexen Biografien und Motive derjenigen Einheimischen zu rekonstruieren, die mit den Deutschen zusammengearbeitet haben. Statt klarer Trennlinien stoße man auf „moralische Grauzonen“ und extrem komplexe soziale Dynamiken. Die aus der Sowjethistoriografie und Kalten Kriegslogik bzw. aus Kollektivschuldiskursen stammenden Schablonen und starren Kategorien genügten heute nicht mehr aus, um die ambivalenten Erfahrungen mit der deutschen Besatzungsherrschaft einschließlich der sowjetisch-stalinistischen Vor- und Nachgeschichte zu erklären und verstehen.

HAGEN FLEISCHER (Athen) widmete sich in seinem Vortrag einer ähnlich verworrenen Ausgangslage: Die Besatzungszeit in Griechenland sei im Vergleich mit anderen nichtslawischen Ländern blutiger verlaufen, weil der Widerstand heftiger ausfiel. Hier changierte die Okkupationsgeschichte zwischen drei „vermittelnden“ (stark antikommunistischen) Kollaborationskabinetten und dem offenen bewaffneten Kampf der Widerstandsbewegung. Vertreter der Ersteren verteidigten sich nach 1945 mit dem steten Hinweis auf den Zwang zur Wahl des geringeren Übels: Man habe kollabieren müssen, um „Schlimmeres zu verhüten“ und, mehr noch, man habe dadurch wichtige „Erfolge“ gegen die Besatzer erzielen können, wie etwa die Freilassung von Kriegsgefangenen, die Verbesserung der Versorgungslage und

generell ein Eindämmen des deutschen Terrors. Fleischer illustrierte am Beispiel einzelner griechischer Regierungsverantwortlicher, dass der tatsächliche Grad an Vermittlung bzw. Verweigerung stark vom jeweiligen „Erpressungspotential“ auf Seiten der Griechen abhing – und er vermutet, dass dieses oft höher gewesen sei und demnach zu stärkerem Widerstand hätten ausgenutzt werden können, als es die Zeitgenossen wahrnahmen und taten. Die Quellen belegten eine Vielzahl von Fällen, in denen es gelang, die Maßnahmen der deutschen Besatzer bei entsprechendem Einsatz abzumildern oder zu modifizieren, und dies galt ausdrücklich auch für die Möglichkeit der Rettung von Juden.

Das Manövrieren der einheimischen Verantwortlichen zwischen den Forderungen der Deutschen und den eigenen Interessen etwa durch das *Framing* von Widerspruch als „patriotisch“ oder als dem gemeinsamen Ziel der „Ruhe und Ordnung“ dienend, zeigt wie fruchtbar der Mittler-Ansatz ist. Er nimmt genau diese bewussten oder unbewussten Doppelbödigkeiten, Dilemma und Manövriersituationen in den Blick und kommt damit außerordentlich dicht an die Akteure, deren Kalkulationen, Interessenlagen und Handlungsoptionen heran. Zentral für den griechischen Fall, so Fleischer, sei der mit den Deutschen geteilte Antikommunismus in der „schmutzigen Speerspitze des konservativen Lagers“ und vielen lokalen Verwaltungen, die sich demnach auch zu den „Gewinnern“ der Besatzung zählen durften und von Himmler auch entsprechend gelobt wurden. „Verlierer“ waren die ethnischen Minderheiten, Anhänger der Widerstandsbewegung sowie die historische Kultur Griechenlands insgesamt, die bis heute unter den dunklen Schatten der Besatzungsgeschichte und den vielen „weißen Flecken“ darüber sowohl im Geschichtsbewusstsein als auch in der Geschichtsschreibung der Griechen leide. Symbolisch verwies Fleischer auf den griechischen Nationalfeiertag (28.10.), der bis heute an den Eintritt in den (Verteidigungs-)Krieg erinnert und nicht an dessen Ende.

In einem vierten Vortrag betrachtete DIRK LUYTEN (Brüssel/Ghent) die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in belgischen Fabriken als politische Arenen

in der Besatzungszeit. Nach einem Überblick über die sozial-, betriebs- und arbeitnehmerpolitischen Bedingungen vor dem Zweiten Weltkrieg erläuterte Luyten, dass die Sozialreformen, die im Zuge der Besatzungszeit und unter Einbeziehung nationalsozialistischer Ideen ein „*window of opportunity*“ für bestimmte soziale Gruppen in Belgien eröffneten, die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern grundsätzlich zum Vorteil der letzteren zu reformieren. War dieses Beziehungsgefüge vor 1940 durch kollektive Verhandlungsformen, Sozialversicherungen, akzeptiertes Streikrecht und -praxis sowie betriebsübergreifende gewerkschaftliche Organisationsformen charakterisiert, wandelte sich diese etablierte Ordnung mit dem Beginn der deutschen Besatzung radikal. Obwohl Luyten nicht explizit auf die Verbindungen zwischen deutschen Besatzungs- und belgischen Regierungsinstanzen und Wirtschaftsführern einging, wurde auch in seinem Vortrag deutlich, dass der Mittler-Ansatz öffnend wirkt und gesellschaftliche Bereiche in den Blick nimmt, in denen bisher kaum besatzungsgeschichtlich relevante Akteure vermutet wurden. Das implizite Fazit des Vortrages war demnach, dass das *big business* in Belgien einerseits von der nationalsozialistischen Invasion profitierte und dass die deutschen Besatzer andererseits von der arbeitnehmerfeindlichen und im Grunde antidemokratischen Stimmung profitierten, die die Arbeitgeberseite mit zunehmendem Einfluss nach 1940 in die breitere belgische Gesellschaft tragen konnte. Die auf die einzelnen Fabriken und Betriebe zurückgeworfenen, aufgesplitteten Arbeitnehmervereinigungen waren in zahllose betriebsinterne Auseinandersetzungen über Arbeits- und Sozialbedingungen verwickelt und so zur unpolitischen Sozialpolitik verdammt. Hier insinuierte Luyten, dass damit auch die Möglichkeiten einer antifaschistischen Organisation von Arbeitern (von denen eine Minderheit in der Tat im kommunistischen Widerstand gegen die deutsche Nazis und belgisches *big business* zugleich engagiert war) im Keim erstickt worden seien.

In seinem Kommentar lobte DIETER POHL (Klagenfurt), dass der Blick auf lokale Verwaltungen als „Mittlerinstanzen“ ein For-

schungsfeld belebe, um das es konzeptionell gesehen jüngst sehr ruhig geworden war. Die Kollaborationsforschung bewege sich spürbar weg von Fragen von Schuld und Moral und hin zu vielfältigen Motiv-, Verhaltens- und Erfahrungsschattierungen. Pohl kritisierte aber am Mittler-Begriff, dass er die eigentlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse vernachlässige und plädierte für konkretere, den jeweils thematisierten historischen Zusammenhängen angepassten Begriffen wie etwa „Auftragsverwaltung.“ Letztlich aber warb er auch für die Beibehaltung des Kollaborationsbegriffes, der seinem Eindruck nach ähnlich wie „Faschismus“ zwar auf eine lange Geschichte der Politisierung zurückblicke, dessen Aufladung in den letzten Jahren aber nachgelassen habe. Gebrauche man ihn differenziert, so treffe er noch am ehesten all jene Formen der Zusammenarbeit, die der deutschen Okkupationsherrschaft vor Ort zu ihrer so fatalen Wirkmächtigkeit verhalf.

Die gesamte Sektion offerierte eine beachtliche Bandbreite von historischen Fallbeispielen und skizzierte über den vergleichenden Blick und die die Beiträge zusammenbindende konzeptionelle Fragestellung die Okkupationsgeschichte als florierendes Forschungsfeld. Dabei erschien die Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten und Grenzen des Mittler-Ansatzes fruchtbarer als das Oberthema des Historikertages. Wie die meisten anderen Beiträge, die die Autorin in Göttingen hören konnte und die das Motiv „Gewinner und Verlierer“ aufgriffen, geschah dies auch hier nur sehr vage. Leider wurden die beiden Kategorien meist recht unreflektiert in ihrer umgangssprachlichen Bedeutung als (Selbst-)Zuschreibungen verwendet und kaum auf die ambivalenten Bedeutungs- und Erfahrungsebenen hin befragt, die eine eingehendere Beschäftigung mit den dahinter stehenden historischen und gegenwärtigen Konzepten von „Sieg“ und „Niederlage“ doch gewiss freilegt.

Sektionsübersicht:

TATJANA TÖNSMEYER (Wuppertal/Essen):
Einführung

HAGEN FLEISCHER (Athen): Die Administration im besetzten Griechenland. Handlanger oder Puffer?

TANJA PENTER (Heidelberg): Kollaborateure, Nationalisten, Widerstandskämpfer, Opfer? Komplexe Biographien in der Ukraine unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg am Beispiel von lokalen Verwaltungen

KARL CHRISTIAN LAMMERS (Kopenhagen): Daily Life in Denmark during the German Occupation. Authority, Agency and the Local Effects of Rule and Regulation

DIRK LUYTEN (Brüssel): The Factory as a Political Arena. Changing Labour Relations under German Occupation in Belgium

DIETER POHL (Klagenfurt): Kommentar

Tagungsbericht *HT 2014: Herrschaft und ihre Mittlerinstanzen. Lokale Administrationen und Akteure in den im Zweiten Weltkrieg von der Wehrmacht besetzten Gebieten.* 23.09.2014–26.09.2014, Göttingen, in: H-Soz-Kult 16.01.2015.